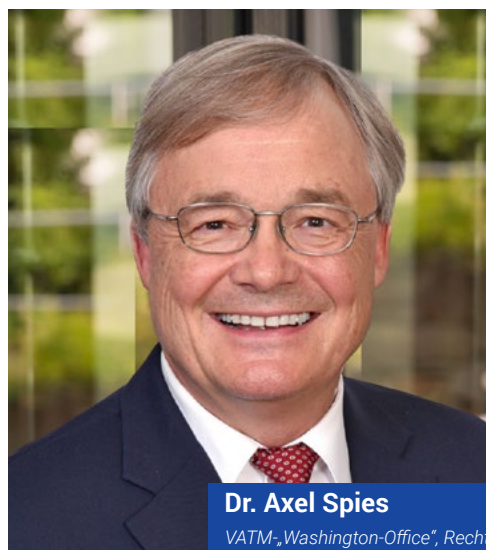


USA: FCC – „Löschen, löschen, löschen“

Hier in Washington D.C. hat sich unter der nun republikanisch dominierten Federal Communications Commission (FCC) die Regulierungslandschaft spürbar verändert. Der neue Vorsitzende Brendan Carr verfolgt eine konsequente Deregulierungsstrategie. Mit der Bestätigung von Olivia Trusty als FCC-Commissioner verfügt die Behörde über eine arbeitsfähige Mehrheit, die Vorhaben der Trump-Administration umsetzt. Diese hat den Ausbau des Breitband-Internetzugangs, insbesondere in ländlichen Gebieten, zur Priorität erklärt. Es werden auch Anstrengungen unternommen, um Frequenzen für den kommerziellen 5G-Ausbau freizugeben, darunter die Bereitstellung von 100 Megahertz an Frequenzen im mittleren Bandbereich. Der Einsatz von KI im TK-Bereich soll ebenfalls gefördert werden. Allein für die KI-Infrastruktur sind 500 Mrd USD für Projekte geplant, an denen sich auch der Privatsektor beteiligen soll.

FCC: Vereinfachung der TK-Regeln

Im Zentrum steht die FCC-Kampagne „Delete, Delete, Delete“ – ein öffentliches Verfahren zur Abschaffung „überflüssiger“ FCC-Regeln. Besonders Programme der Unternehmen zur Förderung von Vielfalt (DEI – Diversity, Equity and Inclusion) geraten unter Druck. Carr kündigte an, Transaktionen von Unternehmen mit aktiven DEI-Programmen



Dr. Axel Spies

VATM-„Washington-Office“, Rechtsanwalt
Potomac Law Group, Washington DC

zu blockieren; T-Mobile USA stellte daraufhin entsprechende Maßnahmen ein. Weitere FCC-Aktivitäten betreffen Unternehmen mit chinesischer Beteiligung und Risiken für die nationale Sicherheit: Das nationale Sicherheitsprogramm „Rip and Replace“ wird fortgesetzt. Es geht um den durch die FCC finanzierten Austausch diverser chinesischer Netztechnik. Das neue US-Haushaltsgesetz („Big Beautiful Bill“) bietet eine indirekte Entlastung für dieses bislang unterfinanzierte Programm, dem über 3 Mrd. USD an Finanzmitteln für Netzbetreiber fehlen. Das Gesetz stellt zudem 500 Mio. USD für die Entwicklung militärischer und ziviler 5G/6G-Technologien bereit. Für Halbleiterprojekte ist im Gesetz ein Investitionsabzug bis Ende 2028 vorgesehen.

Breitbandausbau wird vorangetrieben

Beim Ausbau digitaler Infrastrukturen setzt der Vorsitzende ebenfalls auf Deregulierung: Im Rahmen der Initiative „Build America“ soll das veraltete TK-Kupfernetz zügig abgeschaltet, Genehmigungsprozesse auf allen föderalen Ebenen vereinfacht und Umweltauflagen stärker eingeeht werden. Die FCC plant zudem neue Frequenzauktionen im AWS-3-Bereich und eine Ausweitung der Nutzung des oberen C-Bands. Die Auktionserlöse sollen teilweise das erwähnte „Rip and Replace“-Programm finanzieren. Carr betont,

dass die FCC künftig vermehrt auf bislang kaum genutzte gesetzliche Befugnisse zurückgreifen werde, um bundesstaatliche und kommunale Hürden beim Netzausbau (z.B. zur Vernetzung von Datacentern) aus dem Weg zu räumen. Neue Gerichtsurteile eröffnen nach seinen Worten ein „einzigartiges Zeitfenster“, um regulatorische und umweltrechtliche Auflagen neu zu bewerten. Der Vorsitzende will Bürokratie abbauen und verhindern, dass US-Bundesstaaten kostspieligere Glasfaserprojekte dem günstigeren drahtlosen Ausbau vorziehen.

Im Fokus steht das BEAD-Programm („Broadband Equity, Access, and Deployment“) in Höhe von 42,45 Mrd. USD, das durch das „Infrastructure Investment and Jobs Act“ finanziert wird. Es fördert Breitbandanschlüsse in unterversorgten Regionen und zielt auf Erschwinglichkeit und flächendeckende Nutzung. Verwaltet wird es durch die NTIA, eine Unterbehörde des Handelsministeriums und die Bundesstaaten. Die TK-Industrie hofft, dass sie ungenutzte BEAD-Mittel flexibel für andere Breitbandprioritäten einsetzen darf. Gleichzeitig befürchten manche Bundesstaaten, dass sie ungenutzte Mittel zurückgeben müssten – Kritiker sehen hier

die Gefahr des „Gold Plating“ von geförderten Breitband-Projekten durch die Bundesstaaten, anstelle auf die günstigsten Lösungen zu setzen.

Mehr Streitigkeiten vor Gericht wahrscheinlich

Juristisch geraten FCC-Maßnahmen zunehmend unter Druck. In *Loper Bright v. Raimondo* (28.06.2024) kippte der Supreme Court das Chevron-Prinzip. US-Gerichte entscheiden nun eigenständig über behördliche Ermessensspielräume – mit erheblichen Folgen für FCC-Entscheidungen, etwa zur Netzneutralität oder digitalen Diskriminierung. Der Interpretationsspielraum der FCC ist dadurch spürbar geschrumpft. Gleichzeitig bestätigte das Gericht in *FCC v. Consumers' Research* (Juni 2025) die Verfassungsmäßigkeit der Finanzierung des Universal-Service-Fonds. Der Supreme Court befand: „Die Arbeit von Kongress und der Kommission zur Einrichtung von Universaldiensten hat zu einem umfassenden Netzausbau geführt ohne die Gewaltenteilung der Verfassung zu beeinträchtigen.“ Dennoch dürfte der Streit um den Handlungsspielraum der FCC auf anderen juristischen Schlachtfeldern weitergehen.



„Der VATM ist seit fast drei Jahrzehnten das starke Sprachrohr für fairen Wettbewerb und zukunftsfähige Regulierung im TK-Markt. Gerade bei den aktuellen Weichenstellungen für das Gigabitzeitalter braucht es eine engagierte Interessenvertretung, die Vielfalt und Investitionen sichert. Ich freue mich, den Verband nun auch im ordentlichen Präsidium aktiv mitzugestalten – für moderne Rahmenbedingungen, die Verbraucher, Unternehmen und Wettbewerb stärken.“

Carina Panek, VATM-Präsidiumsmitglied, Mitglied Geschäftsleitung Plusnet GmbH